

# turbine

## Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

Februar 2010

Jahrgang 39

Stellt die IG Metall wirklich keine Lohnforderungen?

## Was bleibt für die lieben Mitarbeiter?

VOITH-Chef Lienhard: „Wir haben ein gutes Geschäftsjahr hinter uns“

Nach den Rekordjahren des vergangenen Jahrzehnts scheint VOITH in eine Normalauslastung seiner Heidenheimer Produktionsmittel zurückzukehren. Trotzdem haben die vergangenen Wachstumszyklen den VOITH-Familien bis heute ein Vermögen von rund 2,8 Milliarden gesichert. Während sich VOITHianer weltweit mit ihrer existenziellen Zukunft beschäftigen, widmen sich die VOITH-Familienangehörigen in feingeistiger Anthroposophie. Ihre Dividenden auf das Stammkapital sind sicherlich ohne Zweifel höher, als die für die Beschäftigten real ausgehandelten tariflichen oder betrieblichen Lohn- und Gehaltszuwächse.

Erklärungsbedarf aus der Bilanzbesprechung verursachen die 97 Mio. Euro für Personalmaßnahmen zur „Verabschiedung“ von lieben Mitarbeitern. Erklärungsbedarf deshalb weil sich der Personalaufwand von 2007/08 auf 2008/09 bei fallenden Personalszahlen um nur 27 Mio. Euro erhöht hat.

Trotz fallendem Auftragseingang auf fünf Milliarden, einem leicht gestiegenen Umsatz auf über fünf Milliarden und einem Betriebsergebnis das um rund 50 Mio. Euro höher als im Vorjahr liegt, lässt darauf schließen, dass die VOITHianer durch ihren Lohn- u. Gehaltsverzicht für eine sog. Beschäftigungssicherung alles aus eigener Tasche bezahlt haben.

### Auslastung 2010 gesichert

Der Auftragseingang für das Geschäftsjahr 2009/2010 scheint die Beschäftigung für die VOITHianer zu sichern. Der Auf-

tragseingang und der Umsatz im ersten Quartal des aktuellen Geschäftsjahres entspricht dem des Jahres 2008/09 also des Vorjahres.

### Die Scharfmacher im BDI setzen auf die Verschärfung der Ausbeutung

Es ist nichts Neues mehr, die konservativen und neoliberalen Betonköpfe um Mer-

schen in dieser Republik immer weiter in die soziale Isolation. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist ihr Ideengeber. Von ihrem Präsidenten, H-P Keitel wird die Konsolidierung der Staatsfinanzen gefordert: „Das wird schmerzliche Einschnitte bedeuten. Ob wir wollen oder nicht: Wir werden eine öffentliche Verteilungs- und Gerechtigkeitsdebatte zu

führen haben, denn die Konsolidierung wird heilige Kühe zur Schlachtbank führen müssen, und zwar selbst dann, wenn die Politik der Versuchsung erliegen sollte, das Problem, nicht über die Kürzung von Ausgaben, sondern über die Erhöhung von Einnahmen lösen zu wollen.“ Im Klartext, der BDI will mit der Kürzung der Sozialausgaben, nicht mit der Erhöhung der Einnahmen (Erbschafts-, Körperschafts-, Spekulationssteuer u.a., en Krisenhaushalt sanieren. Wir, die Kleinen Leute sollen den Kopf und den Geldbeutel hinhalten, um eine Krise zu lösen, die gestern von denjenigen verursacht wurde, die uns heute noch immer das Fell weiter über die Ohren ziehen.

### Widerstand! - Warum nicht?

Gewerkschaften haben sich ehemals aus der Not heraus gebildet. Deshalb sind die Gewerkschaften für uns heute in der Not unsere einzigste Widerstandskraft.

Für die Gewerkschaften, für die sozialen Bewegungen, für die arbeitenden Menschen selbst wird die Entwicklung effektiven Widerstands immer drängender. Wenn den Unternehmern und ihren

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Herunter mit den Riesengehältern!

Hier könnte gespart werden.

Die Jahreswende brachte eine ganze Menge Tarifkündigungen, die die Unternehmer zum Lohnabbau benutzen wollen. Wenn schon Lohnabbau, dann sollte man bei den Herren anfangen, die die Ratgeber der Unternehmer sind, nämlich bei den Generaldirektoren und Direktoren der großen Unternehmungen. Hier gibt es geradezu phantastische Gehälter (oder arbeitsloses Einkommen?). Nach wiederholten und bisher unwidersprochenen Preisnachrichten beziehen

der Generaldirektor des Siemenskonzerns	800 000 M
der Direktor des Siemenskonzerns	350 000 M
der Generaldirektor des Ruhr-Montantrusts	400 000 M
ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank	100 000 M
der Generaldirektor der Reichsbank	340 000 M
Direktoren der Reichsbank	180 000 M
ein Direktor der Krupp-A.G.	120 000 M
ein Direktor des I. G. Farben-Trusts	500 000 M
der Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie (der Inflationskanzler Cuno)	600 000 M

Man könnte einen schönen Haufen Geld sparen, wenn man diese und andere Mammutgehälter auf monatlich 1000 Mark reduzieren würde.

Heidenheimer Tagblatt Januar 1931

Die Gier von Bankern, Konzerndirektoren und anderen Kapitalvertretern hat bis heute nicht nachgelassen.

kel, Westerwelle und Seehofer, die mit ihren Konzepten von vorgestern die Krise von heute bewältigen wollen, treiben mit ihrer Klientelpolitik die arbeitenden Men-

(Fortsetzung von Seite 1)

Verbänden kein gewerkschaftlicher Widerstand in Form von Tarifverhandlungen entgegengesetzt wird, dann bedeutet das die Aufgabe eines wichtigen Teils der gewerkschaftlichen Interessensvertretung. Der Losung des Gesamtmetall-Präsidenten Kannegiesser: „Tarifrunde? Was soll das?“ muss die Losung: „In der Krise, jetzt erst recht - für die Stärkung der Massenkaukraft und für Arbeitszeitverkürzung“, entgegen gestellt werden.

### Kein Lohndiktat von Oben sondern gewerkschaftliche Meinungsbildung von Unten

In den Betrieben ist so mancher Beschäf-

tigte für ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Wir beschleunigen das Wachstum, so verschiedene Beschäftigte, mit der Stärkung der Massenkaukraft. Deshalb hat die betriebliche Meinungsbildung Vorrang vor den Tarifleitlinien des IGM-Vorsitzenden Huber.

Auch scheint die Große IGM-Tarifkommission am langen Arm des Vorsitzenden zu hängen. In ihrer Sitzung 20.01.10 setzte die Kommission nicht auf die betriebliche Meinungsbildung. Den bereits in vielen Betrieben existierenden Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung mit Lohn- u. Gehaltseinbussen, sollen anscheinend tarifliche draufgesetzt werden.

Dem „Verzicht“ sollte der IG Metall-Vorstand nicht das Wort reden. Denn mit Verzicht auf Einkommenserhöhungen zur Steigerung der Massenkaukraft oder der Arbeitszeitverkürzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann weder die Krise noch die Arbeitslosigkeit überwunden werden.

Eine der wichtigsten Tarifausedersetzungen des Jahres 2010 hat begonnen. Der Kampf um die Verbesserung der Einkommenstarifverträge für rund 2,1 Mio. Beschäftigte bei Bund und Kommunen ist angelaufen. Ihre Forderung von 5% Einkommensverbesserungen muss solidarisch und gemeinsam unterstützt werden.



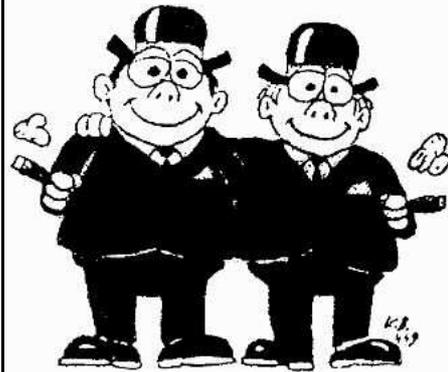
## Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

### Betriebsratswahlen 2010

„Arbeit ist keine feste Größe, sondern eine Frage von Angebot und Nachfrage - und damit eine Frage des Preises. Deshalb brauchen wir auf keinen Fall Mindestlöhne. Im Gegenteil, wir müssen die tariflichen Untergrenzen durchbrechen.“

Industriepresident Rogowski, Interview „Hartz IV reicht nicht aus“ „Welt“ 06.10.2004

#### Sozialpartnerschaft ist, ...



... wenn Betriebsräte und Fabrikherren das Gleiche wollen, es aber mit unterschiedlichen Worten sagen!  
**Aufgepasst, nicht an den Worten, an den Taten müßt ihr Sie erkennen!**



Kolleginnen u. Kollegen:  
„Mit uns für Euch und für eine hoffnungsvolle Zukunft!“

### Vertrauensarbeitszeit was ist das - und für wen?

Vor Jahren war das Thema Vertrauensarbeitszeit in der VOITH-Turbo für eine Gruppe von Angestellten auf der Tagesordnung. Unbekannt ist, ob damals zur Einführung und Regelung dieser sog. Vertrauensarbeitszeit eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat der VOITH Turbo zustande gekommen ist.

Vertrauensarbeitszeit, wie das Wort suggeriert „Arbeitszeit als Vertrauenszeit“, ohne Kontrolle? Oder doch? Aber wie? Von der Stechuhr (Kontrolluhr) bis zur individuellen Arbeitszeit ohne Kontrolle auf Vertrauensbasis. Was steckt dahinter?

Ein Blick zurück: Für die Angestellten bei VOITH gab es bereits in den 70er Jahren eine Vertrauensarbeitszeit. Sie waren von der Stempelpflicht befreit. Für die Arbeiter erst mit dem 25. Betriebsjubiläum. Die Forderung, weg mit der Stempelpflicht für alle Arbeiter, wurde mit der Forderung der Angestellten nach Einführung der Gleizeit abgewehrt. Mit der Stempelpflicht auch für die Angestellten bei Gleizeit, wurde eine Periode der Arbeitszeitflexibilisierung für alle eingeläutet.

Die Stempelpflicht wurde früher als ein Herrschaftsinstrument empfunden. Die Stechuhr aber hatte eine Doppelfunktion. Sie markierte sekundengenau was die Zeit zur Arbeit war und was freie Zeit, individuelle Freizeit war. Die Stechuhr markierte die Grenze von Freiheit, aber markierte auch die Grenze der betriebli-

cher Herrschaft. Die individuelle Freiheit endet am Werkstor, aber auch die betriebliche Herrschaft endet am Werkstor. Die Herrschaft der Grenze ist daher auch immer die Grenze der Herrschaft. Die Stechuhr ist daher nicht nur ein Herrschaftsinstrument, sondern auch ein Instrument zur Begrenzung der Herrschaft.

Durch die stetige Verfeinerung und „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit wird die Grenze von fremdbestimmter Arbeit und persönlicher, freier, selbstbestimmter Arbeit immer weiter verwischt. Der Zwang zur individuellen Grenzziehung der Arbeitszeit wird für den einzelnen Beschäftigten zur existenziellen Lebensfrage. Die sog. Vertrauensarbeitszeit dringt in die persönliche, familiäre Freiheit ein. Die gegenwärtig an vielen Stellen sichtbare Zunahme psychischer Belastungen und die daraus resultierenden Krankheiten sind ein Indiz für steigenden Leistungsdruck und individuelle Zeitnot. Die Verlagerung der Grenzziehung von abhängiger Arbeit ins Individuum hinein kommt einer Individualisierung einer der wichtigsten Kollektivregelungen gleich, gegen die sich Betriebsräte mit aller Entschiedenheit entgegen zu stellen haben.

Gerade zu den Betriebsratswahlen wäre es an Zeit, die Beschäftigten über diese, gegen sie selbst gerichtete Strategie zur Arbeitszeitpolitik zu unterrichten. Gewerkschaftspolitische Vorsorge treffen heißt, die Beschäftigten über diese Arbeitszeitphilosophie der Unternehmer aufzuklären.

Was wäre für die IG Metall-Betriebsräte besser geeignet als dieses Zukunftsthema in die Betriebsratswahl einzubringen.



## Will VOITH seine Berufsausbildung verlagern?

Nicht nur die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass VOITH seine Berufsausbildung näher an die Produktion ins Zentrum verlagern will. Auch OB Ilg pfeift in diese Richtung. Sieht OB Ilg das Ploucquet-Areal für geeignet an, dort VOITH zu befriedigen?

Millionen für eine neue Berufsausbildungsstätte auf Ploucquetgelände oder Millionen zur Sanierung der alten teilweise unter Denkmalschutz stehenden Gebäude.

Das Motiv zur Verlagerung sei der Transportweg zwischen VOITH und Haintal.

Eine attraktivere Zufahrt zur Berufsausbildungsstätte Haintal müsste ausreichen um VOITH zu bewegen sein Haintal so zu sanieren, dass alt Ehrwürdiges mit neu Modernem verbunden wird.

Bei einer VOITH- Berufsausbildungsstätte auf dem Ploucquet Areal müsste zum Transport und Andienung eine stark befahrene innerstädtische Straße überquert werden. Eine schlechte Alternative.

### Betriebsnähe auf VOITH Gelände schaffen!

Verwirft VOITH die Sanierung des Haintal, so stehen für einen betriebsnahen Neubau, ohne extrem hinderliche Straßenüberquerungen, genügend VOITH Flächen auf dem Werksgelände zur Auswahl.

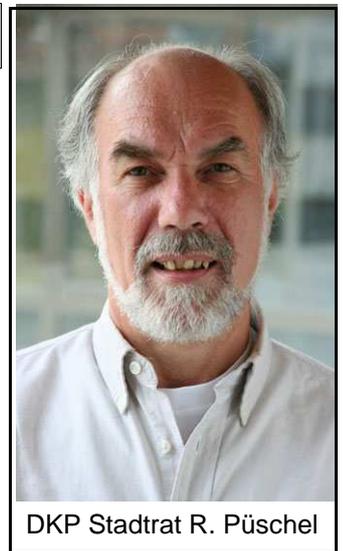
Neben dem VOITH-Hauptzugang, auf dem Platz des ehemals geplanten Haed-Office, heute Parkplatz, könnte das neue Berufsbildungszentrum, die VOITH-Skyline, repräsen-

tativ ergänzen. Ein Standort, der Ausbildung und Erfahrung sichtbar zusammen bringt. Ein produktionsnaher Standort und in idealer Nähe zum Betriebsrestaurant und zum Gesundheitszentrum.

### Parkplätze für VOITHianer?

Hand aufs Herz Kolleginnen und Kollegen. Das Gelände gegenüber der Hauptpforte ist doch für Parkplätze zu schade. Ein Parkhaus, das von Euch und den Betriebsräten seit Jahren gefordert wird, ist trotz der Zunahme des Individualverkehrs noch nicht erfüllt worden. Auch VOITH sollte des Klimawandels wegen auf optimierte ÖPNV-Modelle setzen und kommunal fördern. Sowohl innerstädtisch, wie aus dem weiteren Umland müssen neue Wege beschritten werden. Durch den Ausbau des ÖPNV mit engeren Taktzeiten und zu bestimmten Zeiten eine Verdichtung des Fahrangebots könnte der Individualverkehr zurückgedrängt und die Parkplatzsituation wesentlich entspannt werden.

Wenn VOITH das Haintal nicht sanieren, dafür eine neue Berufsausbildungsstätte produktionsnah will, dann auf den reichlich vorhandenen freien Plätzen auf dem Werksgelände, nicht auf dem Ploucquet-Areal.



DKP Stadtrat R. Püschel



## Steuerhinterziehen das Handwerk legen

Um den Städte aus der Finanzkrise zu helfen, stellte die DKP in ihrem Kommunalprogramm '09 die Forderung, die Wirtschafts-, Steuerkriminalität und Korruption zu bekämpfen, heraus. Die konservativen und neoliberalen „Betonköpfe“ im Rat warfen der DKP dazu überzogenen Populismus vor. Die bürgerlichen Parteien im Berliner Bundestag werden mit „Spenden“ aus der Industrie, den Banken und Versicherungskonzernen lebens- und abstimmungsfähig erhalten. Der Lobbyismus für das Großkapital, für die Reichen, für die Immobilienspekulanten und Banker, funktioniert bestens. Eine Million von Mövenpick für die FDP zeigt nur die Spitze vom Eisberg. Die Spitze vom Eisberg sind auch die 1.500 Steuerhinterzieher, die mit „illegalen“ Me-

thoden enttarnt wurden. Zumwinkel läßt grüßen. Die Politik hat noch nie wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuer-, Wirtschaftskriminalität und Korruption unternommen. Sie stützt auf der einen Seite mit Milliarden die Banken und die fehlenden Milliarden presst sie auf der anderen Seite aus dem Geldbeutel der arbeitenden Menschen der Schüler und Studenten, Rentnern und Arbeitslosen heraus. Eine Regierung, die sich von Interessen- und Industrieverbänden mitfinanzieren läßt, macht keine Gesetze gegen sich selbst oder gegen Kapitalverbände.

Wir, die DKP fordern,

- ★ Öffentliche Kontrolle der Banken
- ★ Weg mit dem Steuergeheimnis
- ★ Gläserne Taschen bei Vermögen
- ★ Steuerprüfung verschärfen

## DKP solidarisch mit Ver.di

Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes leisten mit ihrer Forderung von 5% einen wichtigen Beitrag um Wachstum zu stabilisieren, um Wachstum zu beschleunigen. Das passiert aber nicht, indem man Hoteliers mit Milliarden weniger Mehrwertsteuer beschenkt. Das Wachstum wird beschleunigt, indem man die Kaufkraft von zwei Millionen Menschen im öffentlichen Dienst, der Krankenschwestern, Kanalbetriebsarbeiter, der städt Arbeiter und Angestellten im Rathaus, der Feuerwehrleute und auch das der Straßenkehrer, stärkt.

Mit allen Maßnahmen zur Stärkung der Massenkraft erklärt sich die DKP mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen solidarisch. ★

## Internationalen Frauentag

DGB Veranstaltung

13. März 2010 um 14:30 Uhr

im Werkgymnasium

DKP Infostand „Blumen zum Frauentag“

am 06.03.2010 Karlstraße bei VOBA



Faschismus und Neofaschismus

# Zwei Jahrestage, die eng miteinander verbunden sind

Am 30. Januar 1933 kam der Faschismus an die Macht und am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz von der Roten Armee der Sowjetunion befreit.

Zwei Jahrestage, deren Ereignisse zwölf Jahre auseinander liegen, die aber doch sehr eng miteinander verbunden sind.



Am 30. Januar 1933 wurde auf Betreiben der deutschen Großindustrie und der Reichswehr durch Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannt. Die Machtübergabe an die Hitlerfaschisten war der Beginn und die Ursache des Weltkriegs, des Pogroms gegen die Juden, des Holocausts, der Zerschlagung aller demo-

kratischer Rechte, des Münchner Diktats, bis hin zur Rückführung der Deutschen aus den okkupierten Ostgebieten.

Am 27. Januar 1945 wurde das von den deutschen Hitler-Faschisten zum Massenmord betriebene Konzentrationslager (KZ) Auschwitz von der Roten Armee der Sowjetunion befreit.

Am 08. Mai 1945 atmete das Deutsche Volk auf, Deutschland wurde von der Anti-Hitler-Koalition von den Militärs der Sowjetunion der Amerikaner, Engländer und Franzosen vom Faschismus befreit.

Heute, 65 Jahre danach, erinnern wir uns, dass es auch die Faschisten in Heidenheim waren, die bei einer landesweiten Verhaftungswelle in Württemberg bereits im März und April 1933 mitgeholfen haben, rund 50 Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf dem Heuberg, den Oberen Kuhberg oder in Welzheim in „Schutzhaft“ zu nehmen. Einer von ihnen, der Heidenheimer KPD Vorsitzende Ludwig Kentner, wurde im KZ Buchenwald 1944 ermordet.

Die Namen von Heidenheimer Persönlichkeiten, die durch die Nazis umgekommen sind, findet man auf dem Antifaschistischen Gedenkstein vor dem Rathaus.

**Erinnern wir uns.**

- ★ An den Reichstagsbrand im Februar 1933.
- ★ An das Ermächtigungsgesetz im März 1933.
- ★ An die Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933.
- ★ An die Bücherverbrennung im Mai 1933
- ★ An die bereits im Januar 1933 annullierten Mandate der KPD folgten im Juni 1933 die Mandate der SPD.

Die Faschisten haben innerhalb eines knappen Jahres alles, was nach Widerstand roch, liquidiert.

**Nicht nur der Opfer gedenken, sondern auch die Hintergründe beleuchten, die Ursachen und**

**die Täter benennen.**

„Der Faschismus an der Macht ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten, imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. So der bulgarische Kommunist Dimitroff, dem die Nazis den Reichstagsbrand in die Schuhe schieben wollten, auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 in Moskau.

Heute sagen wir: „Der Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ und sind uns der historischen Verantwortung bewußt, alles zu tun, um alle demokratischen, humanistischen und friedliebenden gesellschaftlichen Kräfte zum gemeinsamen Handeln gegen den Neofaschismus zusammen zu führen. Wir wissen, dass soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und der Abbau demokratischer Rechte die gesellschaftliche Substanz für faschistische Entwicklungen liefert.

**Wehren wir den Anfängen:**

- ★ Widerstand gegen soziale Ausgrenzung. „Weg mit Hartz IV“, weg mit den Studiengebühren, keine Zwei-Klassen-Medizin.
- ★ Wir bezahlen diese Finanzkrise nicht.
- ★ Die Massenkaukraft stärken, nicht den Geld- und Immobilienadel bei den Banken.
- ★ Die Daseinsvorsorge der Städte finanziell stärken.
- ★ Keine Bundeswehr in alle Welt - raus aus Afghanistan.
- ★ Soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit und Wohnung
- ★ Keine Bespitzelung und Vorratsdatenspeicherung
- ★ Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zum Naziregime
- ★ NPD und andere faschistische Organisationen verbieten.
- ★ Soziale Sicherheit, humanistische Bildung, keine Kriegspolitik auch nicht an Schulen und Universitäten, sind Beispiele um dem heutigen Neofaschismus den Boden zu entziehen



**Verbot des Kommunistischen Jugendverbands (KSM) Tschechiens aufgehoben**

Mit hoffnungsvoller Genugtuung haben wir zur Kenntniss genommen, dass der Widerstandskampf seit 2005 gegen das Verbot der KSM erfolgreich war. Die Stadträte der DKP Püschel und Huber haben bereits 2005 und 2006 gegenüber der Tschechischen Botschaft in Berlin ihren Protest gegen diese undemokratische Maßnahme zum Ausdruck gebracht. Die europaweite Solidariät, Petitionen, Demonstrationen und Kundgebungen haben dazu beigetragen, den Komm. Jugendverband wieder zu legalisieren. ★

**Reservisten**

Neonazi-Funktionäre sind Vorstandsmitglieder von Reservistenkameradschaften und nehmen an Reservistenübungen der Bundeswehr teil. Das geht aus Veröffentlichungen der „Frankfurter Rundschau“ vom 17.12.2009 hervor.

